

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22.3.2009

AntragstellerIn: **Landesvorstand, Andrea Asch**

TO-Gegenstand: **Bildung**
- Kibiz



Antrags-Nr.:

B-2

Dieses Kibiz muss weg! – Qualität muss her! Keine Politik auf Kosten von Kindern und Kommunen

Mit dem Inkrafttreten des so genannten Kinderbildungsgesetzes haben sich die landespolitischen Rahmenbedingungen für Kindertagesstätten verschlechtert. Die vollmundigen Versprechungen der Landesregierung haben sich als Seifenblasen erwiesen. Die Ziele des Gesetzes werden nicht mit der notwendigen Finanzierung unterlegt und deswegen verfehlt. Das geschieht zu Lasten der Kinder, der Eltern und ErzieherInnen.

Eine Verbesserung der Betreuungsqualität, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Stärkung der Elementarbildung und ein sozial gerechtes Elternbeitragssystem brauchen bessere finanzielle und politische Rahmenbedingungen. Trotz der enormen Bedeutung des frühen Lernens für den gesamten späteren Bildungsweg sind die Kitaplätze weiterhin die weitaus billigsten im gesamten Bildungssystem. Das Kibiz hat diese Entwicklung verschärft.

Dieses Kibiz:

- beschränkt die Schaffung von U 3 Plätzen durch die Kommunen und führt nicht zu einem bedarfsgerechten Ausbau für Kinder unter drei Jahren und mit Ganztagsplätzen
- beeinträchtigt die Qualität durch weniger Zeit der Fachkräfte für das einzelne Kind (Abbau von Personalstandards) und durch ein „Vollstopfen“ der Gruppen
- führt zu gravierenden Unterschieden bei der finanziellen Belastung der Eltern durch Beiträge und
- verursacht mehr Bürokratie.

Der vermeintliche Ausbau der U3-Betreuung wird mit einem massiven Verlust an Qualität erkaufte. Darüber hinaus steckt sich die Landesregierung Bundesmittel für den Ausbau der Betreuungsplätze für unterdreijährige Kinder, die für die Kommunen vorgesehen sind, in die eigene Tasche.

Bündnis 90/Die Grünen NRW stellen fest:

Den leeren Worten der Landesregierung müssen endlich Taten folgen. Die Förderung von Kindern und die Unterstützung der Eltern dürfen nicht nur in politischen Schaufensterreden und teuren Hochglanzbroschüren stattfinden, sie muss endlich in konkreten Maßnahmen der Landesregierung umgesetzt werden.

Wir fordern die Landesregierung auf:

1. die Deckelungen im Landeshaushalt für die Schaffung von U 3 Plätzen aufzuheben,
2. die den Kommunen versprochenen Bundesmittel tatsächlich durchzuleiten, statt diese im Landeshaushalt zu versenken,
3. Elternbeiträge sozial gerecht und einheitlich zu gestalten. Wie in allen anderen Nachbarbundesländern schon geschehen, muss es kurzfristig einen Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit geben,
4. mehr Personalstunden für die Gruppen zu finanzieren. Im Bereich der Betreuung von unterdreijährigen Kindern müssen im Gesetz zusätzliche Arbeitsstunden für Ergänzungskräfte (KinderpflegerInnen) vorgesehen werden,
5. Weiterbildungsmaßnahmen zur U 3 Betreuung und Sprachförderung auszuweiten, stärker mitzufinanzieren und im Dialog mit den Beschäftigtenvertretungen weiterzuentwickeln,
6. das aktuelle Weiterbildungskonzept für Ergänzungskräfte zeitlich zu strecken und für BerufsanfängerInnen zu öffnen. Für ältere berufserfahrene Kräfte muss eine Ausnahmeregelung mit Trägern und Verbänden getroffen werden, wonach diese ohne die Weiterbildung weiterbeschäftigt werden können,
7. Familienzentren eine ihren Aufgaben entsprechende und somit höhere Bezuschussung zu gewähren,
8. den Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen zu gewährleisten und Tagespflege als ergänzendes Angebot zu fördern,
9. den Landeszuspruch für Tagespflegekräfte an Bedingungen bei der Qualifikation und an eine Mindestentlohnung zu knüpfen und
10. sich mit der Bundesregierung und den anderen Bundesländern über eine Lösung der aus der Steuer- und Sozialversicherungspflicht für Tagesmütter und -väter anfallenden Belastungen zu verständigen und eine entsprechende Initiative im Bundesrat zu ergreifen.

Langfristig muss das Finanzierungssystem extern und umfassend auf seine Wirkung auf die Förderbedingungen der Kinder geprüft und evaluiert werden. Maßnahmen der Qualitätsentwicklung wie z.B. die Einbeziehung von Fachkräften mit Hochschulabschluss in das Finanzierungssystem müssen vorgenommen werden.

Die Landesdelegiertenkonferenz unterstützt die bisherigen intensiven Bemühungen der Landtagsfraktion für eine Verbesserung der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für Kinder, Eltern und das pädagogische Fachpersonal in der nordrhein-westfälischen Kinderbetreuung. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, diese Arbeit durch weitere parlamentarische Initiativen im Sinne des Parteitagsbeschlusses "Auf dem Weg zur Kita der Zukunft" vom Juni 2007 fortzusetzen.